

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkünstler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Ersteinst jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung nach dem Kriege.

Wie sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach Beendigung des Krieges gestalten wird, kann heute noch niemand mit Sicherheit sagen. Es lassen sich lediglich mehr oder minder begründete Vermutungen aussprechen. Hier stehen sich zwei Auffassungen schroff gegenüber: während die einen meinen, daß nach dem Kriege eine Hochkonjunktur eintreten werde mit viel Arbeitsgelegenheit und hohem Verdienst, weisen die andern eine wirtschaftliche Krise mit großer Arbeitslosigkeit und wenig Verdienst. Wie sich aber auch unser künftiges Erwerbsleben entwickeln mag, unter allen Umständen wird es mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, die gegenwärtige Kriegswirtschaft, in die wir uns wahrlich mühsam genug hineinzuarbeiten suchen, in eine normale Friedenswirtschaft hinüberzuführen. In dem Augenblicke, in dem der Friede geschlossen wird, werden alle jene Industrien lahmgelegt werden, die für den Kriegsbedarf arbeiten, und es werden alle jene Industrien wieder aufleben, die das Ausland mit Waren versorgen. Allerdings werden letztere zunächst noch sehr schwer unter dem Mangel an Rohstoffen und unter erschwerten Abgabebedingungen zu leiden haben; aber allmählich wird sich das Wirtschaftsleben wieder in das alte Geleise hineinfinden müssen.

Ganz besonders schwierig werden sich in der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte gestalten. Wenn nämlich weniger Wochen Hunderttausende von erwerbsfähigen Männern den Soldatennack ausgehen und im wirtschaftlichen Leben einen lohnenden Erwerb suchen, wird eine förmliche Ueberflutung des Arbeitsmarktes eintreten. Glücklicherweise — vom Gesichtspunkte der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens aus — werden auch nach Abschluß des Friedensvertrages noch zahlreiche Arbeiter nach Besetzungslücken einströmen zurückbleiben, was ihnen persönlich nicht gerade angenehm sein wird, wodurch aber der Zustrom der Arbeitsuchenden etwas verlangsamt wird. Auch aus gesundheitlichen Gründen werden sicherlich viele aus dem Kriegsdienst entlassene Arbeiter mit vermindelter Erwerbsfähigkeit erst ganz allmählich wieder den Weg ins Erwerbsleben finden. Doch und alledem aber fähren sich große Schwierigkeiten auf, alle die arbeitssuchenden Vaterlandsverteidiger in den Betrieben unterzubringen.

Ohne Zweifel haben Staat und Gemeinden die Pflicht, für die entlassenen Krieger so lange ausreißend zu sorgen, bis sie Arbeit gefunden haben; denn es wäre eine ungeheure Härte, wollte man diese Leute einfach dem Zufalle überlassen. Aber diese Fürsorge kann ja nicht ewig dauern, die Hauptsache ist, daß baldmöglichst Arbeitsgelegenheit in großem Umfange geschaffen wird. Diese Aufgabe wird verhältnismäßig leicht zu lösen sein, wenn wir nach dem Kriege eine wirtschaftliche Hochkonjunktur bekommen werden, andernfalls aber wird den Behörden und den privaten Organisationen nichts anderes übrigbleiben, als durch beschleunigte Vergabe von Arbeiten und Lieferungen, vielleicht sogar durch Notstandsarbeiten größeren Umfangs, den Arbeitsuchenden Arbeitsgelegenheit zu bieten. Hier muß tatkräftig zugegriffen werden, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus der Absicht heraus, die moralischen Eroberungen, die der Staatsgedanke während des Krieges gemacht hat, nicht leichtsinnig wieder aus Spiel zu legen. Die deutsche Arbeiterklasse hat Anspruch darauf, daß nach Beendigung des Krieges, der ihr wahrlich genug Opfer abverlangt hat, ihre wirtschaftliche Lage gebessert und gesichert wird.

Bei der großen Bedeutung die Frage der Arbeitsvermittlung unter diesen Umständen gewonnen wird, braucht wohl kaum

noch gesagt zu werden. Ein Ausbau der Arbeitsnachweise nach modernen Gesichtspunkten ist eine unabwiesbare Notwendigkeit. Die Arbeitsvermittlung muß sich über weite Gebiete erstrecken und von einer Zentrale aus geleitet werden; sie muß unterstützt werden durch einen täglich erscheinenden Arbeitsnachweisanzeiger, der einen Ueberblick gestattet über den Arbeitsmarkt bezüglich des Angebots und der Nachfrage von Arbeitskräften. Selbstverständlich müssen die Arbeitsnachweise unparteiisch gehandhabt werden, wozu eine tätige Mitwirkung der Gewerkschaften eine unerlässliche Vorbedingung ist, und es muß jeder Versuch, die Arbeitsnachweise zu schamlosen oder arbeitserfündlichen Zwecken zu missbrauchen, im Keime erstickt werden. Der Arbeitsnachweis soll lediglich der Arbeitsvermittlung dienen und nicht etwa der Maßregelung unliebsamer Arbeiter und Arbeiterinnen. Daß die letzteren anberührt, so steht leider zu befürchten, daß für sie die Erwerbsmöglichkeit nach dem Kriege noch schlechter werden wird, als es während des Krieges der Fall ist. Hier haben die Gewerkschaften mit einer verhältnismäßig hohen Zahl weiblicher Mitglieder einen besonders schweren Stand, und es bedarf der regen Mitarbeit aller weiblichen Berufstätigen, um hier auch nur halbwegs gesunde Verhältnisse zu schaffen. Soll die Arbeitsvermittlung gut funktionieren, so muß sie auf gemeindlichen Arbeitsnachweisen aufgebaut werden, die zu Provinzialarbeitsnachweisen zu erweitern sind und in einem Reichsarbeitsnachweis ihre Spitze finden.

Ein besonders wichtiges Kapitel ist die Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung für kriegsbeschädigte Arbeiter. Weit über eine Million Arbeiter werden aus dem Kriege heimkehren, die an ihrer Gesundheit oder ihren heilen Gliedmaßen Schaden gelitten haben. Selbstverständlich wird ihnen der Staat eine Rente zahlen; aber damit ist die Sache noch lange nicht erledigt. Aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nötig, daß die Arbeitskraft dieser Kriegsbeschädigten nicht verformt oder in unproduktiver Tätigkeit vercouvert wird, sondern daß die Krieger mit vermindelter Erwerbsfähigkeit wieder ins Wirtschaftsleben zurückgeführt werden. Außerdem liegt es auch im Interesse der Betroffenen selbst, daß sie wieder in eine geordnete Beschäftigung hineinkommen und sich nicht als überflüssige „Staatskrümel“ fühlen, vielmehr in der Arbeit ihre Befriedigung finden. Das Bewußtsein, trotz der Verletzung doch noch ein brauchbares Glied der menschlichen Gesellschaft zu sein, wird ihren Willen stärken, ihre Arbeitsfreudigkeit heben und ihr Selbstgefühl heigern. Daher haben wir alle ein lebhaftes Interesse daran, daß für diese Kriegsbeschädigten passende Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, in der sie sich wohlfühlen und einen anständigen Verdienst haben.

Am leichtesten wird sich diese Aufgabe lösen lassen, wenn es möglich ist, die Kriegsverletzten wieder in ihrem früheren Berufe unterzubringen, schwieriger wird sie schon, wenn die Verletzungen derart sind, daß sie den betreffenden Arbeiter für seine frühere Tätigkeit ungeeignet machen. Dann gilt es, die Verletzten durch Anwendung von künstlichen Gliedmaßen und gründlicher Ausbildung für einen neuen Beruf fähig zu machen. In dieser Beziehung wird schon heute viel getan, und wenn noch eine sachkundige Berufsberatungs- und entsprechende Arbeitsvermittlung hinzukommt, wird es gelingen, zahlreiche schwerverletzte Arbeiter in wirtschaftlichen Betrieben unterzubringen. Daß sie dort schonend behandelt und vor Unfällen möglichst geschützt werden müssen, daß die Unternehmer auf diese Arbeiter Rücksicht nehmen und daß ihnen die Kollegen jegliche Förderung und Unterstützung angedeihen lassen müssen, ist selbstverständlich. Ebenfalls selbstverständlich ist es auch, daß die kriegsbeschädigten Arbeiter mit vermindelter Erwerbsfähigkeit nicht als Lohnbrücker mis-

braucht werden dürfen zum Schaden ihrer erwerbsfähigen Kameraden. Die Gewerkschaften haben vor allem Dingen ihre volle Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß das Unternehmertum nicht unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit und der vaterländischen Gesinnung die Kriegsverletzten bevorzugt, weil sie billiger arbeiten und weniger Widerstandskraft besitzen. Es darf der Unlug keinesfalls eintreten, daß die vom Staate gezahlte Rente auf den Lohn angerechnet wird, der Kriegsverletzte soll vielmehr seinen Leistungen entsprechend entlohnt werden, und der Lohn soll steigen, wenn die Leistungsfähigkeit steigt. In strittigen Fällen muß eine unparteiische Schlichtungskommission entscheiden. Erfreulicherweise sind bereits in mehreren Berufszweigen diesbezügliche Abmachungen zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen getroffen worden. Umgekehrt darf natürlich auch der Staat den Lohn des Arbeiters nicht auf die Rente anrechnen und bei steigendem Verdienst die Rente kürzen oder gar weglassen lassen. Das wäre nicht nur ein Unrecht gegen den Verletzten, sondern auch ein volkswirtschaftlicher Fehler. Die Rente soll eine Entschädigung sein für ausgestandene Schmerzen und Unannehmlichkeiten sowie eine Anerkennung für geleistete Dienste; sie soll aber gleichzeitig ein Ansporn sein für den Kriegsverletzten, seine Arbeitsleistung zu steigern und dadurch sich und seiner Familie größere wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Wie man sieht, birgt die Frage der Kriegsverletztenfürsorge viele und große Schwierigkeiten in sich, die aber überwunden werden können, wenn der nötige gute Wille da ist.

Es wäre zu wünschen, daß unsere Kollegen in den einzelnen Zahlstellen sich mit der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung nach dem Kriege eingehend beschäftigen. Hier bietet sich ein Gegenstand erster, praktischer Arbeit, an der mitzuarbeiten die Pflicht eines jeden Gewerkschafters ist, der es mit sich und seinen Kollegen gut meint. Theoretische Erörterungen haben aus diesem Gebiete wenig Wert; erst die Praxis wird es fertigmachen, diese schwierige, aber wichtige Frage zu lösen.

Unsere Organisation im fünfzehnten Kriegsmonat.

Im Monat Oktober wurden noch 782 Verbandsmitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Demgegenüber brachte auch der Oktober noch eine erfreulich große Zahl von Neuzugängen, nämlich 452. Vom September übernahmen wir 10198 Mitglieder; dazu kommen die 452 neu aufgenommenen und geben ab die 782 zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder, so daß am Schlusse des Oktober der Verband noch 9668 Mitglieder zählte. Von den 9668 dem Verbands verbleibenden Mitgliedern sind 7337 Männer und 2331 Frauen und Mädchen. Am Schlusse des fünfzehnten Kriegsmonats haben wir beim Militär 24 578 oder 25,13 pZt. der 25 046 männlichen Mitglieder, welche unser Verband bei Kriegsbeginn hatte. Rechnet man jedoch die während des Krieges neu aufgenommenen männlichen Mitglieder hinzu, so ergibt das zusammen 30 887 männliche Mitglieder, von denen also 24 578 oder 79,58 pZt. zum Kriegsdienst eingezogen sind. Unter den 24 578 Mitgliedern, die beim Militär stehen, befinden sich 10 951 Verheiratete, die insgesamt 14 112 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren haben. Die Zahl der im Oktober kassierten Wochenbeiträge ist um rund 1400 gegen den Vormonat gestiegen. Das ist ein erfreuliches Zeichen, welches allerdings weniger erfreulich wirkt, wenn man in Betracht zieht, daß im Gegensatz zu den beiden Vormonaten im Oktober wieder fünf Wochenbeiträge fällig waren. Inwieweit sind im Oktober von Mitglied 4,15 Wochenbeiträge bezahlt worden, womit alle die Vormonate — auch die ersten Monate der Quartale, in denen je fünf Beiträge zu zahlen sind — weit in den Schatten gestellt werden. Diese fortwährende Erhöhung der pro Kopf und Monat erreichten Beitragssätze hat ihre Ursache in dem Umstande, daß von einer Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern nicht mehr geredet werden kann; daneben zeugt sie natürlich auch davon,

das trotz der immer größer gewordenen Zahl der an-gelegenen Hilfskassen und Vertrauensleute die an deren Stelle getretenen neuen Hilfskassen sich die größte Mühe gaben, die Beiträge von den Mitgliedern pünktlich herbeizubringen.

Entsprechend der gegen den Vormonat erhöhten Beitrags-ziffer sind auch die Einnahmen der Organisation wieder um rund M. 1500 gestiegen, wogegen die Ausgaben der Organi-

sation bei fast gleichbleibenden Unterhaltungsansgaben um rund M. 2900 gefallen sind.

Das Ganze zeigt, wie die nicht zum Kriegsdienst ein-gezogene Mitglieder stets befreit sind, in jeder Weise auch trotz aller gemaltigen Schwierigkeiten, welche der Organisation durch den Krieg erwachsen sind, ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber ihrer Gewerkschaftsorganisation zu erfüllen. Und das ist ein sehr erfreuliches Zeichen!

Abneigung auch noch nicht auf der ganzen Linie verschwunden sein sollte, so sind wir es schon zufrieden, wenn ihr keine praktische Folge mehr gegeben wird.

Konferenz der Verbandsvorstände

Die jüngste Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände war für den 16. November einberufen worden, weil auf diesen Termin das fünfundsingzigjährige Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und das fünf- undzwanzigjährige Arbeitsjubiläum ihres Vorsitzenden Karl Stegmann fiel. In Friedenszeiten wäre dieses Jubiläum viel- leicht mit einem Gewerkschaftskongress verbunden und durch eine gewaltige Kundgebung begangen worden. So wurde das Doppeljubiläum nur durch eine kleine, aber würdige Feier im Kreise der Vorstandsvorsteher und einiger engbefreundeter Gäste begangen.

Der Bericht der Generalkommission konnte angefaßt der täglich anwachsenden Kriegsfürsorgearbeit weder erschöpfend noch in schriftlicher Form gegeben werden. Begleit und Bauer berichteten mündlich über den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiter auf den Gebieten der Arbeits- losen-, Arbeitsvermittlung- und Familienunterstützungsfrage, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die Bekleidungs- und Preisfragen und über die Berücksichtigungen der im Ge- werkschaftsinteresse nachgefragten Zurückstellungen vom Ge- werksdienst, während Genosse W. Schmidt das überweite Gebiet der Lebensmittelfürsorge und seine jüngste bundestätliche und gemeindliche Regelung beleuchtete. In den anschließenden Erörterungen wurde hervorgehoben, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit an der Bekämpfung der Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtig sei, daß die Generalkommission nach Bedarf selbst eine weitere Arbeitskraft dafür einstellen solle. Die Konferenz stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann hielt der Vorsitzende des Deutschen Transpor- tarbeiterverbandes, Genosse Schumann, ein informatorisches Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, aus- gehend von den im bayerischen Landtage stattgefundenen Er- örterungen bezüglich des Referates der Eisenbahnangestellten und -arbeiter, der die Zugehörigkeit zu gewissen gewerkschaft- lichen Organisationen verbietet.

Ebenfalls informativ war ein Vortrag des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, Genossen Rob. Schmidt, über die Gestaltung der künftigen Handelsverträge. Er empfahl den Gewerkschaftsvorständen, diesen Fragen ihre volle Auf- merksamkeit zuzuwenden, damit die Gewerkschaften bei der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen auch ihren Einfluß in die Lageschale der Entscheidung werfen können.

In einer ausgedehnten Debatte wurde diese Frage sowohl vom allgemein gewerkschaftlichen Standpunkt als auch unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Berufsinteressen beleuchtet und eine Reihe von nützlichen Anregungen gegeben. Dem Vorstand wurde nahegelegt, aus ihren Berufsgruppen Mat- rialien zu diesen Aufgaben zu sammeln und der Sozialpoliti- schen Abteilung zu übermitteln. Der Vortrag des Genossen Rob. Schmidt soll den Vorständen für den Kreis ihrer Organi- sationsleiter im Druck zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Krieg ist zahlreichen Arbeitersekretariaten die finanzielle Grundlage erheblich besetzt worden, so daß die Generalkommission vielfach mit ihren Mitteln helfen ein- greifen mußte. Da auch die Mittel der Generalkommission infolge der Verminderung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwiefern die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch fernherhin diese Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, daß Beitragserhöhungen zu vermeiden seien und daß die Generalkommission sich bei solchen Unterfügungen der größten Sparsamkeit und strengsten Kontrolle der Notwendigkeit von Unterfügungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Beihilfen befleißigen müsse.

Die Aufrechnung der gewerkschaftlichen Krankenkassen- einzahlung auf das Kranken- und ferner mancher Krankenkassen- veranlaßt die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig er- kannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von parlamentarischen Fassungen über die Gewährung von Kranken- unterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und ihnen anheimgegeben, bei künftigen Sitzungs- anforderungen eine dieser Fassungen zu berücksichtigen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Neben- tritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Ueberreichnungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme fol- gender Sätze erweitert:

Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht ver- antwortlichen Betriebe arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Hebung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen.

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die be- triebsfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber anhalten.

Der Beschluß vom 17. August 1914, betreffend die Neben- tritte, wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschlusse hat eine Ver- ständigung unter den in Betracht kommenden Verbänden vorzuziehen. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Uebertritt maßgebenden Gründe ver- pflichtet.

Eine Ansprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschafts- richtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Ein- verständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie die während des Krieges geübten, auch nach dem Kriege in den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, sowie eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurde noch eine Reihe von Eingelassenen vor der Betried der von der Generalkommission und nach ihrer fünfundsingzigjährigen Jubiläum herbeizubringenden Erinnerungsgift durch die Gewerkschaften, die Ueber- einstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kräftigung der Gewerkschaften erwidert.

Der Kampf gegen das Nachbarkverbot in Baden

In Baden, das schon immer im Rufe eines Raublandes steht, wird auch der Kampf gegen ein dauerndes Verbot der Nacharbeit „nachbaldig“ geführt und Obermeister Wagner, Hagenheim, steht an der Spitze der Streiter. Die Stellungnahme des badischen Oberministeriums haben wir schon häufig erwähnt, es stimmt dort von 31 vertretenen Jurisgenen 29 für die Wiederherstellung der Nacharbeit. Eine auch nicht unwesentlich so starke Gegenpartei gegen das Nachbarkverbot hat sich in ganzen Baden unter den Jurisgenen nicht gezeigt. Selbst in Baden, wo doch der Kleinbetrieb in noch etwas höherem Maße vorherrscht als in Baden 1913 waren in Baden nur in 18 v. H. aber vorhandenen Betriebe mehr als 10 Personen beschäftigt oder arbeiteten mit mechanischer Kraft, während es in Baden immerhin bereits 20 v. H. waren, und die Meister bekundlich in der Mehrzahl Anhänger des Nachbarkverbotes. Jetzt halt Obermeister Wagner nun zu einem ganz besonderen Schritte aus, auf den unsere folgenden Kollegen besonders aufmerksam gemacht werden müssen. Er hat einen Antrag an alle im Felde stehenden Meister und deren Frauen erlassen, in welchen er die Forderung in Friedenszeiten als eine große Ungeheuerheit gegen die unbeschäftigten Meister, die für des Vaterlandes Sorge und Freiheit unter unzulässigen Bedingungen aus- und aussetzen, bezeichnet, die sie sich einem solchen Ge- setze fügen müssten, sollten sie erst um ihre Willensmeinung gefragt werden. Der Obermeister hat ihn auch beantwortet, alle unter den Meistern beschuldigten Kollegen zu bitten, sich unerschrocken zu äußern, ob sie mit der beschuldigten Regelung der Arbeit einverstanden sind. Er bittet auch die Frauen der Eingekerkerten, ihren Männern den Rat zu spenden.

Meister Wagner geht also als Regierender, und wenn er mit derselben Energie noch weiter vorgeht, können wir noch allseits offen und gerade Logik erleben. Es ist wirklich ein merkwürdiges Schauspiel, die Vertreter des modernen Gewerkschaftes und die mittelständigen „Strohhaare“ hier in Baden gegen den einzigen Kulturminister, den der Krieg bisher brachte, auszusprechen zu hören. Ob die im Felde stehenden Meister allerdings die Erwartungen Wagners erfüllen werden, kann abgemerkt werden, wenn sie alle gesagt werden können, würde sich nicht kann eine Mehrheit für die Wieder- einführung der Nacharbeit finden. Von den in Baden ge- hörigen Jurisgenen haben wir in den letzten Nummern auch schon den Rat zu hören bekommen, wieder zur Nacharbeit zurückzuführen. Aber bei der Nacharbeit, mit welcher eine Anzahl an gewerblichen Meistern, die persönlich schon seit Jahren nicht mehr unter der elenden Nacharbeit zu leiden hatten, ihr Ziel verfolgten, was die gesamte Gewerkschaft und was nur auf dem Boden von und mit größten Wert stehen für die Logik sein werden. Sie darf vor allem nicht vergessen, daß nur eine solche Umgestaltung in der Lage sein wird, den Jurisgenen freizubekommen!

Auch die württembergischen Bäcker sind für die Nacharbeit! Eine aus ganz Württemberg betriebe Württembergische Gewerkschaften, die nach einem Referat des Reiches Friedrich Müller (Sonnenschein) folgende Ent- scheidung:

„Der in Stuttgart tagende Oberminister des Reiches- landes Baden hat durch den Minister des Reiches die Übertragung auf das eine Scheidung der Logik und Friedenszeiten eine große Entscheidung des Reiches erlassen, in dem einzigen Sinne geschlossener Betriebe im Grunde haben sich. Von diesen Scheidung müssen wir unbedingt große Vorteile haben, wenn die Scheidung bewirkt, wenn jedoch sich gegen sie jede Behörde. Der Oberminister richtet sich bei der Logik auf die Form Nacharbeit, er mag eine solche beschuldigte Entscheidung des Reiches nicht beschuldigen, wenn die bei der Logik 1913 abgemerkten Entscheidungen nach Friedenszeiten der Logik nicht entgegen sind, der Oberminister gegenüber einer Umgestaltung von sich vertragender De- cision zum Reichstag kommen zu können. Diese Kollegen sind bereit, ein und das für die Nacharbeit Verbot und für ein Referat. Jeder soll seine auch möglich, wie auch den Krieg in Baden für die Logik und Freiheit des Reiches erlassen in der Logik liegen zu können.“

In einer Eingabe, die dem Reichstag zuging, haben die württembergischen Gewerkschaften, welche dem Reichstag im- mer eine Beschlusse über ein Nachbarkverbot zuging, so werden:

der Obermeister, das wenigstens der Beginn der Arbeits- zeit in die nächsten Morgenstunden gelegt wird, und zwar so, das mit der Arbeit frühstens um 3 Uhr (1) spätestens aber um 4 Uhr begonnen werden darf. Für die Sonntage wird eine mindestens sechsstündige Arbeitszeit gemindert.

Der Kampf um die Logik und die Sonntagstrabe legt also für die Gewerkschaft jetzt erst mit vollen Kräften ein!

Ein Beitrag zu den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen in der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie Berlins.

Die vielen Juwelen in den Berliner Tageszeitungen be- weisen, das es schon für die Sonen ein ziemlicher Mangel an Spezialarbeitern durch die fortwährenden Entziehungen zum Heeresdienst in der Schokoladen- und Zuckerwaren- industrie bemerkbar macht. Man sieht und annimmt oft- mals vergebens, die Köche im Hotelraton sowie in ähnliches oder ähnliches Angebot geben für Berlin folgendes Bild: Schokoladen M. 40 bis M. 45, Schokoladenarbeiter (Jugurien) M. 45 bis M. 50, Laboranten M. 45 bis M. 50, Laboranten in letzter Stellung M. 50 bis M. 60, Bombenarbeiter M. 50 bis M. 60, Bombenarbeiter in letzter Stellung M. 100, Draganten M. 100 und mehr.

In diesen Köchen kommen jetzt viele Ausländer aus westlichen Ländern nach Berlin, um hier einzufrieren. Die größten Gruppen sind Engländer, Schotten und Sarotti gehen aber lieber mit ihren Familien über einen gewissen Tag nicht hinaus, trotz der sehr guten Reputation und trotz fort- währender Kriegsgewinne und Geldverdiensterwartung. Die Herr der Firma Goldbrand an Herrn Schobach stellt, dafür ein Beispiel.

Es werden im Monat Oktober aus westlichen Arbeitsnachweis von der Firma Goldbrand kürzlich für bestimmte Arbeiten mehrere Arbeiter bestellt, und zwar mit einem Wochenlohn von M. 30 bis M. 40, je nach Leistungen. Es war die Klause dabei vorzuziehen, das die Firma sofort kommen müssten. Als am Tage nach Einsetzen des Betriebes von westlichen Arbeitsnachweis mehrere Arbeiter dort vorzuziehen wurde ihnen einfach ein Wochenlohn von M. 27 und M. 28 geboten.

Man, obgleich man die Firma braucht, einen der teuren Jet Arbeiter nicht angeworben haben. Nun, die Berliner Bäcker verdienen einen etwas höheren Lohn, als das sie es nötig haben, für M. 27 und M. 28 zu arbeiten. Der Lohnmangel bei der Firma Goldbrand betriebe fort, wenn nicht von Staats wegen eine Anzahl kriegsgefangener Franzosen und Russen dort jetzt beschäftigt würden. Die Firma Goldbrand kann es kaum mit ihren patriotischen Empfinden überwinden, wenn übertrieblich der eigenen Landesleute wegen des angeworbenen und im guten Glauben verlangten Lohnes wieder nach Hause geschickt werden, um dort billiger Arbeiter - Kriegsgefangener - zu beschäftigen.

Die Erklärung

in Nummer 45 über die gemeinsame Konferenz unterer Ver- bandsverbände und Vertreter der Generalkommission sowie des Zentralverbandes deutscher Kommunisten hat in der Partei- und Gewerkschaftspresse recht viel Beachtung ge- fanden; sie ist, soweit wir beobachten konnten, weit verbreitet worden. Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Kampf des badischen Nachbarkverbotes in Arbeiterkreisen große Sympathie entgegengebracht wird, und daß man es mit Genugtuung begrüßt, inwieweit die nur schädlich wirkenden wirtschaftlichen Interessenbeziehungen zwischen einer Arbeiter- organisation und den Bauerngewerkschaften eingestrichelt zu werden. Verschiedene Meister geben auch ein Urteil über die Erklärung. So nimmt die „Arbeiter-Zeitung“ in Gießen an Grund der Erklärung der Erklärung (das über die hohe „späte“ Bedenken des Verbotes der Nacharbeit keine Bedenken vorzubringen) an, die ursprüngliche Ab- scheidung gegen die Logik der nachträglichen Arbeit von je acht Stunden zu nunmehr zu fünfzehn des sozialen Fort- schritts, der für die Arbeiterbevölkerung als unzulässig be- trachtet werden muß, angesehen. Es wird und tritt, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ nachfolgend sagt hat, wenn jedoch die

Aus dem Lazarettleben

Ueber das Leben im Lazarett schreibt uns ein Kollege: Ich bin bereits sieben Monate im Lazarett und will diese Zeit schildern. Es ist ja einem jeden bekannt, daß der im Feld erkrankte oder verwundete Soldat, nachdem ihm von dem Sanitätspersonal die erste Hilfe zuteil geworden ist, in das Feld- oder Kriegslazarett kommt. Hier der bei schweren Verwundungen fast immer nötige operative Eingriff erfolgt, so beginnt die eigentliche Krankenzeit. Dann heißt es ruhig zu Bett liegen, bis eine Besserung eingetreten ist. Auch ich mußte fünf Wochen im Feldlazarett zubringen. Da gibt es langweilige Tage, die man sich zumeist durch Lesen vertreibt. Abwechslung gibt es nur, wenn neue Kameraden hinzukommen; denn die Rücksicht auf die oft im Fieber liegenden Patienten gebietet die größte Ruhe. Große Freude herrscht jedesmal, wenn ein Lazarettzug nach Deutschland abgeht. Mit einem solchen Zuge wurde auch ich transportiert und kam in ein Barackenlazarett in Baden. Hier ging es schon lustiger her. Ein Klavier und ein Grammophon schafften uns guten Zeitvertreib. Nach kurzer Zeit war meine Wunde verheilt, ich konnte aufstehen und die ersten Gehversuche machen. Dann gab es reiche Abwechslung. Wir wurden zum Kaffee und zu Ausflügen eingeladen; auch Marcel Solzer hat uns einen Nachmittag gut unterhalten. Nach 14 Tagen wurde ich mit mehreren Kameraden in ein kleines Lazarett im einsamen Schwarzwald abgeschoben. Hier verlebten wir schöne Zeit; bei wenig militärischer Aufsicht hatten wir viel Freiheit. Wir konnten ganz ungehindert Obst pflücken und für uns verwenden. Viele Kameraden konnten schon den Landwirten bei der Ernte helfen, die andern betriebten sich die Zeit mit Gartenarbeiten. Zu unserer Unterhaltung hatten wir uns eine Hauskapelle gegründet. Eine Tenorsgeige, zwei Flöten, ein Horn und ein Tamburin als Trommel waren unsere Instrumente. Es mißet recht komisch an, wenn man einen grauen Landwehmann so eine Flöte hantieren sieht. Es kann sich jeder denken, was für ein Ohrschmerz diese Musik war. Sechs Wochen dauerte dieses gemütliche Zusammensein. Dann wurden wir wieder verlegt. Ich kam in ein Lazarett, in dem eine orthopädische Anstalt ist. Hier ging es wieder militärischer zu. Wir sind in der neuen Kaserne der hiesigen Unteroffizierschule. Die den Kasernehof umgebende Mauer erinnert mich an eine alte Befestigung. Die Mannschaften sind zu Krankenstuben umgewandelt. Auf den Stuben lebt es sich ganz gemütlich, nur beim Essen kamen oft Meinungsverschiedenheiten vor. Was uns Norddeutschen nicht mißfiel, schmeckt dem badischen Weibsbild großartig; es ist eben ländlich-sittlich hergerichtet. Daraus entspannen sich oft rege Debatten, und man kann hören, daß beim Soldaten nicht nur die Liebe, sondern auch die Politik durch den Magen geht. Diese Debatten dauern meist bis zur Ausgangszeit. Da wir nur zwei Stunden schlafen dürfen, haben sich viele verlesen lassen, über die Zeit zu bleiben und den Heimweg über die Mauer angutreten. Besonders unsere ein- und zweieinigen Kameraden bestanden darin eine große Fertigkeit. Neß haben dort Landsturmposten und niemand kann klücker oder schlauer. Da hier auch ein Krüppelheim ist, hat man hier eine ausgezeichnete Invalidenfürsorge. Für viele Handwerker sind Werkstätten eingerichtet und kann sich dort jeder in seiner Arbeit üben. Diese Sache wird allerdings mit gewissen Gefühlen aufgenommen. So behauptet ein Eisenkammerad, er habe die Erfahrung gemacht, daß vom Arbeiten sogar die Wunde heil werden könne. Dagegen widrten sich unsere Landwirte mit großem Eifer der Korbflechterei. Ich selbst besuche die Gewerbeschule. Zur Unterhaltung ist eine Musikkapelle und ein Gesangsverein gegründet. Zum Abend erhalten wir unsere Post und wenn der Stet beendet ist, geht's zu Bett. So ist der Winter herangekommen und der Schwarzwald hat uns hat sich in eine Schneedecke gehüllt. Nun wünschen wir den Tag herbei, an dem die Friedensschloßen zerknallen und unsere Kameraden aus dem Schützengraben zurückkehren, um vereint mit uns sich einer friedlichen Arbeit widmen zu können.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Berlin. Reinhold Riedel, Bäcker, 31 Jahre alt, gefallen. Wilhelm Frank, Bäcker, 24 Jahre alt, gefallen. Hermann Eschmert, Bäcker, 26 Jahre alt, gefallen.
Bezirk Bremen. Paul Kurth (Rüstringen-Wilhelmshaven), 84 Jahre alt, gestorben im Garnisonlazarett Lankau.
Bezirk Halle a. d. S. Walter Holland, Bäcker, 21 Jahre alt, gefallen am 23. November. Willy Hamann, Bäcker, 27 Jahre alt, schwer Verwundung erlitten im Lazarett Hagen.
Bezirk Kiel. Heinrich Rambow (Itzehoe), gefallen am 18. November in Flandern.
Bezirk Leipzig. Martin Mielke, Konditor, gefallen im September im Westen.
Eure ihrem Andenken!

Schabendungen und Streiks.

Bäcker. Feuerungszulagen in Genossenschaftsbäckerien. Der Konsumverein für Glinshorn und Umgegend gewährt ab Mitte November den verheirateten Beschäftigten A 2 den ledigen A 1 pro Woche Feuerungszulage. Der Konsumverein in Osnabrück gewährt seit Anfang November jedem im Betriebe Beschäftigten pro Woche A 1,50 Feuerungszulage. Die Genossenschaftsbäckerei Osnabrück hat die verlässliche Feuerungszulage für die unverschuldeten Kollegen abgesetzt, das in den verheirateten Arbeitern pro Monat A 10 und für jedes Kind pro Monat A 2 bewilligt.

Achte jedes Mitglied darauf, daß im Dezember fünf Beiträge zu zahlen sind!

Der Konsumverein Stuttgart hat auf eine Eingabe des im Betriebe beschäftigten Personals beschlossen, daß ab 1. November die ledigen Beschäftigten monatlich A 5, die verheirateten A 8 und für jedes Kind unter 15 Jahren A 1,50 als Feuerungszulage bekommen.

In der Brotfabrik Uhlmann in Chemnitz erhielten seit mehreren Wochen die Kollegen A 1 pro Woche Feuerungszulage. Mitte November konnte unser Bezirksleiter mit der Firma vereinbaren, daß die Kollegen, welche noch weniger als A 29 Wochenlohn haben, A 1 weitere Zulage bekommen, um diesen Mindestlohn zu erreichen.

In der Brotfabrik Schönbart in Chemnitz haben die beschäftigten Kollegen in diesem Jahre auf ihr Verlangen bereits zweimal je A 1 Feuerungszulage bekommen, so daß ihr recht geringer Mindestlohn von bisher A 24 nunmehr auf A 26 pro Woche erhöht worden ist.

Die Großbäckerei Dietrich in Frankfurt a. M., mit welcher wir seit dem Jahre 1910 einen besonderen Tarif haben, gewährte am 23. Juni allen Beschäftigten pro Woche A 1 Feuerungszulage. Anfang November fanden erneut Verhandlungen mit der Firma statt, die von jetzt ab allen beschäftigten Verheirateten pro Woche A 2 und allen ledigen A 1 zu dieser Zulage noch hinzubewilligte. Verheiratete Frauen, die als Hilfsarbeiter beschäftigt werden, erhalten ebenfalls A 2, Mädchen A 1 pro Woche Feuerungszulage.

Die Zippendorfer Brotfabrik (Inhaber Storm) in Lübeck zahlt seit Anfang September den Bäckern wöchentlich A 3 Feuerungszulage.

Forderung von Feuerungszulagen in Frankfurt a. M. Eine Versammlung der Bäcker und Bäckereihilfsarbeiter tagte am 26. November in der „Hofenblüte“, welche sich mit der Forderung der Lebensmittel und der Forderung nach Feuerungszulagen beschäftigte. Kollege Kumeleit erläuterte die tarifliche Lohnverhältnisse, wie sie in normalen Zeiten vereinbart worden sind, die enorme Teuerung der Lebensmittel und die Berechtigung der Kollegen nach höheren Entlohnungen, da schließlich, abgesehen von einzelnen Personen, trotz der unerschütterlichen Teuerung, Lohnzulagen allgemein nicht erfolgt sind. Wenn die Arbeiterschaft trotz tariflicher Vereinbarungen zu diesem Schritt gezwungen sei, so bräche sie keineswegs den Burgfrieden, sondern verführe sich nur gegen die Folgen des Wuchers zu schützen, um nicht Kraft und Gesundheit infolge Unterernährung zu opfern. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 26. November in der „Hofenblüte“ tagende Versammlung der Bäcker und Bäckereihilfsarbeiter protestiert mit Entschiedenheit gegen die fortgesetzte Steigerung aller Lebensmittel und bedauert, daß die in Frage kommenden Behörden sich als nicht mächtig erweisen haben, den wucherischen Preissteigerungen der Lebensnahrungsmittel Einhalt zu gebieten, durch welche die Volkskraft und Gesundheit auf das ernsteste bedroht wird. Die Versammelten erklären, daß die für normale Zeiten tariflich festgelegte Lohnhöhe im allgemeinen im Bäckergewerbe keine Erhöhung erfahren haben und daher durch die gesteigerten Lebensmittelpreise das Leben und die Gesundheit auch der Bäckereiarbeiter auf das ernsteste bedroht wird. Die Versammelten fordern von der maßgebenden Behörden unverzügliche Maßnahmen zur Verbeiführung erträglicher Lebensmittelpreise, von den Arbeitgebern Gewährung höherer Entlohnungen. Die Versammelten beauftragen die Organisationsleitung, unverzüglich an die Arbeitgeber respektive ihre Vertretungen die Forderung nach entsprechenden Feuerungszulagen in die Wege zu leiten, wobei sie der Erwartung Ausdruck geben, daß die Arbeitgeber den berechtigten Wünschen durch wohlwollendes Entgegenkommen baldigst Rechnung tragen mögen. Alle Versammelten geloben, die Organisation tatkräftig zu unterstützen und durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken.

Fabrikbranche.

Forderung von Feuerungszulagen in Bezirk Magdeburg. Am 26. November fand in Vorleben, Bezirk Magdeburg, eine Versammlung für die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollege Beschold referierte über die wirtschaftliche Lage unserer Berufsangehörigen. Den Ausführungen wurde lebhafter Beifall zuteil. Kollege Wille verlas darauf das Antwortschreiben der Firma Gebrüder Spoor auf unsere Eingabe wegen Gewährung von Feuerungszulagen. Die Firma hatte behauptet, daß sie an die Arbeiterschaft wiederholt Zulagen gewährt habe, daß ferner die Löhne der Alfordarbeiterinnen bedeutend höher wären als die der Magdeburger Konfektionsbetriebe. In der Versammlung konnte dagegen festgestellt werden, daß letzteres durchaus nicht der Fall ist, denn bei Gebrüder Spoor werden höchstens A 9 bis A 11 pro Woche in Alford verdient, während in Magdeburg der Durchschnittslohn in den Schokoladenfabriken A 15 bis A 18 beträgt. Die Zulagen, die die Firma gewährt hat, sind äußerst minimal; auf der andern Seite sind den Alfordarbeiterinnen wieder bedeutende Abzüge gemacht worden, namentlich in der Wickelstufe. Diesen Arbeiterinnen sind für gelieferten Nach, wozu die Wicklerinnen doch gar nicht verantwortlich gemacht werden können. Beträge von 75 % und mehr vom Lohn abgezogen werden! Alle einige Arbeiterinnen hielten ihre Papiere vor, wurde ihnen vom Unternehmer damit gedroht, er würde auch den Vater und die Geschwister entlassen, wenn die betreffenden Arbeiterinnen nicht blieben. Eine solche Drohung ist von der Arbeiterschaft als Entsetzung angesehen worden. Von den Kollegen Beschold, Wille und Jordan wurde diese Handlungsweise der Firma während der Versammlung und die Anwesenden aufgefordert, sich der Organisation gleichfalls anzuschließen.

damit nach dem Kriege mit dieser Firma einmal ein ernstes Wort geredet werden kann. Vier Kolleginnen traten der Organisation bei.

Feuerungszulage bei der Firma Kaiser's Kaffee-geschäft in Bieren. Die Firma hat bekanntlich auch große Schokoladenfabrikation; sie zählt seit dem 1. Oktober den männlichen Arbeitern über 21 Jahre wöchentlich A 3 Feuerungszulage, den unter 21 Jahren allen Arbeitern A 1,50 und den Arbeiterinnen in denselben Abteilungen A 2 und A 1. Den Frauen der Eingezogenen zahlt sie außerdem seit Kriegsbeginn wöchentlich A 7 und für jedes Kind unter 14 Jahren nach A 1. Das ist alles ganz anerkennenswert. In gewissen Kreisen wird es auch noch hochgeschätzt, daß die Firma A 100 000 listete für Kriegswalden, weitere A 100 000 für die Altersversorgungskasse, A 20 000 dem Roten Kreuz (Kreis München-Gladbach) und A 10 000 dem bulgarischen Roten Kreuz gab. Von den Stiftungen hat aber nur ein ganz kleiner Teil der Arbeiterschaft später einmal einen Vorteil, und die genannten großen Summen werden beinahe ausschließlich jetzt schon dem Unternehmen entzogen. Sicher hätten es die Arbeiter gesehen, wenn die sonst durchaus nicht ruhigen Arbeitsverhältnisse verbessert worden wären. Für Ueberstunden wird beispielsweise seit Kriegsbeginn kein Zuschlag mehr gezahlt (sonst 20 v. H.). Für die Sonntagsarbeit hat man endlich 50 v. H. Zuschlag bewilligt. In der gegenwärtigen Saison wird aber aus den Zeiten herausgeholt, was möglich ist! Leider hat die Mehrzahl der Arbeiterschaft noch durchaus kein Verständnis für die Organisation und muß deshalb alle Maßnahmen der Betriebsleitung ruhig über sich ergehen lassen.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Hennsburg. Ueber das Thema „Darf die Nacharbeit im Bäckergewerbe wiederkehren“, sprach in einer öffentlichen Versammlung, die im Gewerkschaftshaus tagte, Kollege Allmann. Von den geladenen Meistern waren einige erschienen, außerdem der Vorsitzende des Bundes und einige Mitglieder desselben. Nachdem Allmann die ganze Frage eingehend behandelt und die Kollegen zuletzt ermahnt hatte, noch immer auf der Hut zu sein, damit nicht in letzter Minute unsere berechtigten Forderungen von Seiten der Gegner vereitelt würden, stimmten in der Diskussion die Meister alle der Erhaltung der Tagarbeit auch nach dem Kriege zu, wünschten aber eine zehnstündige Ruhepause. Bäckereimeister Koch trat gegen die Sonntagsarbeit ein, wogegen Bäckereimeister Ganten dafür stimmte. Per Vorsitzende des Bundes trat aus sozialen Gründen für die Erhaltung der Tagarbeit ein, wünschte aber eine auf 3 bis 4 Stunden festzusetzende Sonntagsarbeit. Zum Schluß führte Allmann noch vor Augen, daß die Bäckereien ohne Sonntagsarbeit ganz gut auskommen könnten; im Rheinland sei sie schon ganz abgeschafft, wiewohl Sonntagabend ein paar Stunden länger gearbeitet werde. Dies wäre auch hier angängig. Dann forderte er die noch anwesenden Kollegen auf, sich dem Verbands anzuschließen und für die Erhaltung der Tagarbeit mitzukämpfen.

Fabrikbranche.

Am 27. November tagte in Magdeburg-Kennstadt im Bürgerhof die Bezirksversammlung für die dortigen Schokoladen- und Zuckerkonfektfabriken. Auch hier referierte Beschold über die wirtschaftliche Lage unserer Berufsangehörigen während der Kriegszeit. Redner sandt scharfe Worte gegen die Lebensmittelpreissteigerung und führte auch die Sätze einer konservativen Zeitschrift, des „Kümmers“, an, die an den Kameraden auf dem Lebensmittelmärkte ägende Kritik übte. Redner ermahnte am Schluß seiner Ausführungen besonders die Hauswirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, auf dem Posten zu sein. Es komme bald die Zeit, wo der bestehende Tarif ablasse. Da müsse jetzt schon von allen Beschäftigten dafür gekämpft werden, daß alle einig und geschlossen hinter der Organisation stünden. Dann könne auch in Zukunft wieder Besseres erreicht werden. Kollege Wille machte darauf aufmerksam, daß auf dem Gebiete der sozialen Verbesserung noch vieles erreicht werden könnte, wenn die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zusammenhalten würde. Jetzt versuche man, die Arbeiterschaft im nationalen Sinne zu erziehen. Unter dem Burgfrieden werde eben alles versucht. Ist der Krieg erst vorüber, dann müßten unsere Brüder auch wieder eine wohl gerüstete Organisation vorfinden. Drei Kolleginnen traten dem Verbands bei.

Gewerkschaftliche Landschau.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1914. Nach einem Bericht, den die Internationale Gewerkschafts-Korrespondenz der englischen Zeitschrift „Labour Gazette“ entnimmt, ist die Mitgliederzahl der englischen Gewerkschaften im Jahre 1914 von 3 928 191 auf 3 969 863 gestiegen. Von 21 eingetragenen Gewerkschaftsgruppen haben 16 eine Zunahme, 17 eine Abnahme an Mitgliedern erfahren. Die jährliche Zunahme hatten die Organisationen der ungelerten Arbeiter, von diesen wieder die „Workers Union“, deren Mitgliederzahl von 91 000 auf 159 600 stieg. Im Jahre 1910 zählte diese Vereinigung erst etwa 5000 Mitglieder. Das enorme Wachstum der Organisation der ungelerten Arbeiter erklärt sich zumeist daraus, daß die gelerten Arbeiter seit einigen Jahren die Organisierung der ungelerten Arbeiter wünschen und fördern. Früher waren sie eher Gegner als Förderer. Dieser Umschwung in der Haltung der gelerten Arbeiter kommt in dem Wachstum der Organisationen der ungelerten Arbeiter deutlich zum Ausdruck. Oben wurde schon gesagt, daß die „Workers Union“ in fünf Jahren ihre Mitgliederzahl von 5000 auf 160 000 steigerte. In der gleichen Zeit stieg die Mitgliederzahl aller Organisationen ungelerten Arbeiter — es gibt deren in England eine ganze Anzahl — von etwa 70 000 auf 366 539, also um das Fünffache. Daß diese Steigerung auch im Kriegsjahr 1914 ungehalten hat, erklärt sich daraus, daß England ein weit geringeres Heer hat als Deutschland, also bei weitem nicht so viele Arbeiter zum Kriegsdienst einstellte. Im laufenden Jahre sind allerdings schon sehr viele Landwehrleute angeworben, so daß voraussichtlich auch in die Reihen der Organisationen Bäder geiffen wurden.

Allgemeine Rundschau

Mitgeteilte Preissteigerungen im Eierhandel. Ein Hotelbesitzer hat den "Preisdienst Nachrichten" mitgeteilt, was er gelegentlich einer Reise über den Eierhandel gehört hat. Es ist so froh, daß man es fast nicht glauben möchte, wenn nicht schon von andern Gebieten ähnliches berichtet worden wäre. Die Nachfrage lautet:

Im Eiergeschäft, welches in Friedenszeiten 5000 bis 6000 Ästern monatlich in Deutschland einführte, machte man auf seiner Reise nach Berlin in dieser Angelegenheit folgende Angaben: Oesterreich hat dem Deutschen Reich geliefert monatlich 150 Waggonsladungen Eier aus Oesterreich auszuführen, sofern Deutschland das Waggonmaterial stellt, und zwar aus Oesterreich ungefähr 120 Waggons, und aus Galizien 30 Waggons monatlich. Die deutsche Regierung übergab den Kauf und Verkauf an die Zentralenkauf-Gesellschaft, O. u. S. G., Berlin, Bernstr. 21. Die Gesellschaft, welche keine Nachteile hat, nahmen sich vier Geschäftler, welche pro Ästern für Eier- und Verkauf 10 erhalten. Für eine Ästern, enthaltend 1440 Stück oder 24 Schachteln, wurden in Galizien 200 Kronen (M. 146) bezahlt. Die Frucht in Waggonsladungen stellt sich pro Ästern auf 4 des Berlin. Dort wurde auf dem Wege der Auktion die Ästern auf M. 220 bis M. 240 getrieben. Ja bemerkenswert war noch, daß sich der Verkauf der Eier nur durch die Zentralenkauf-Gesellschaft abwickeln kann. Die vier Eier-Ein- und Verkäufer verdienen nicht mehr als 150 000 monatlich, während der Gesellschaft ein monatlicher Erlös von einer halben Million Mark bleibt. Nach Angaben der Zentralenkauf-Gesellschaft, die jetzt mit ihren früheren Kunden insofern keine Geschäfte mehr abwickeln können, wird dem deutschen Volk dieses wichtige Nahrungsmittel das Er. nur 5 bis 6 1/2 vorkommen.

Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Er. 20 % und noch mehr kostet! Das eine solche ersetzende Mittel ist natürlich nicht zu finden, was durch einen Zufall zu dem Werte noch erhöht, worin es heißt, daß der Eier- und Verkäufer die Stellung gelindert wurde und sie nun nur noch ein sehr geringes Gehalt von M. 700 monatlich beziehen.

Ja der Organisation der Zentralenkauf-Gesellschaften. Wenn heute also wieder nicht zu klumpen und der Regierung ist der Vorwurf nicht zu erheben, daß sie immer zu spät erst solche Sammelbehörden ins Leben riefen und in der Abstellung nicht vollständig genug waren.

Ein Kriegsgemeinschaft ist in Aussicht genommen und liegt dem Reichstag zur Beratung vor. Vorläufig soll allerdings durch ein Gesetz erst dafür gesorgt werden, daß die industriellen Unternehmen ihre während des Krieges erzielten Gewinne nicht völlig in die Taschen der Aktionäre und Vorstände stecken, sondern daß ein bestimmter Prozentsatz davon als Sondersteuer zurückgestellt wird, deren Aufhebung in nach zu bestimmenden Umfang sich die Regierung für später vorbehält. Im Gegensatz hierzu wurde von Vertretern der Sozialdemokratie gefordert, daß ohne lange Schmäler die erzielten Gewinne sofort mit einer im Gewicht mindestens einem Drittel belegt werden sollten. Die Entscheidung wird das Parlament des Reichstages haben, der jetzt seine Tagungen wieder aufnimmt. Wie in den Kommunalverordnungen noch besonders festgelegt wurde, sollen natürlich die Arbeiter- und Soldatengewerkschaften nicht in der Lage sein, das Gesetz, es sind dies ja auch durchaus keine Gewerkschaften zur Verhinderung einzelner Interessen.

Die proletarische Jugend in der Kriegszeit. Der Jahresbericht der Zentralstelle für die arbeitende Jugend für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915, der jetzt vorliegt, gibt ein eingehendes Bild über die Entwicklung, mit welcher auch die proletarische Jugendbewegung während des Krieges zu leben hatte. Im Beginn des Geschäftsjahres betrug die Zahl der Mitglieder der "Kriegsjugend" 102 736, während es am Schluß nur noch 67 042 waren. Der Rückgang ist so beträchtlich, als bis zum 1. August 1914 eine ähnliche Jugend zu verzeichnen gewesen war, die überaus zahlreich stand damals auf 160 077. Es gingen demnach rund 41 000 Mitglieder verloren. Und trotzdem ist bis zum 1. September der Zahl der Mitglieder weiter auf 43 000 gestiegen. Seitdem große Schwankungen machte die Entwicklung der arbeitenden Jugend, bis 31. März waren es 1915, so daß das Schwankende beträchtliche Gründe erkennen würde. Aber die beträchtliche Schwankung der Jugendbewegung war in Berlin des Krieges weniger zu sagen - allerdings auch in der Provinz auf dem Grunde, weil die Verhinderung des Schulunterrichts der Jugendbewegung die Möglichkeit des Kampfes gegen ihre Gegner unter. Ein organisierter Fortschritt wurde durch die Gründung von Jugendverbänden und Jugendvereinen erreicht: es gelang dadurch eine gewisse Organisation der weiblichen Jugend. In London ist die Jugendbewegung organisierter. Während des Krieges hat den meisten Erfolg dafür erreicht, daß die Jugendbewegung über die beiden Jahre Zeit nicht nur imstande war, sondern selbst wieder gefördert wird. Die Jugendbewegung ist im Grunde geachtet, so der proletarischen Bewegung während des Krieges ein wichtiger Organisationsfaktor für die große Arbeit, die die Arbeiterschaft durch den Krieg zu leisten hat.

Für die Arbeiterinnen

Schreibunterricht und Kriegsernährung. Die mit unentgeltlich und kostenlos bereitgestellte Schreibrunde für Arbeiterinnen ist in Deutschland jetzt wieder. Am 1. September ist der Schreibrunde ein großer Erfolg gelungen, besonders in der Provinz. Die Arbeiterinnen sind sehr dankbar für die Schreibrunde, die bei der Gründung der Schreibrunde in der Regel nicht mehr als 100 Mitglieder hatte. Es wird nunmehr in Berlin, das in der Provinz in einer Liste verzeichnet wurde. Die Schreibrunde hat die Arbeiterinnen von der Kriegsernährung her zu helfen. Die Schreibrunde hat die Arbeiterinnen von der Kriegsernährung her zu helfen. Die Schreibrunde hat die Arbeiterinnen von der Kriegsernährung her zu helfen.

benutzen. Gehört es doch nicht gerade zu den Seltenheiten, daß Frauen die Kriegsernährung nicht gemöhrt oder wieder entzogen wird, obgleich der Arbeitsberdienst diesen Betrag nicht einmal erreicht. Außerdem wird in der Sache nicht einheitlich verfahren, so daß sich die Frauen, die Erwerbsarbeit leisten, um so mehr benachteiligt fühlen müssen.

Die Kriegsernährung soll eine Entschädigung sein für den Nachteil, der der Familie durch die Einziehung des Mannes zum Heeresdienst entsteht. Sie soll nur dann gezahlt werden, wenn tatsächlich der Familie ein Vermögensnachteil entsteht. Sie in vielen Fällen, so kann auch hier nicht streng nach dem Wortlaut gehandelt, sondern es müssen mancherlei Nebenumstände berücksichtigt werden. Es wird natürlich niemand verlangen können, Kriegsernährung zu erhalten, wenn das Gehalt des Mannes in voller Höhe der Familie ausgezahlt wird. Anders aber verhält es sich mit dem Verdienst der Frauen.

Der Mann ist bei den üblichen niedrigen Löhnen für Frauen in der Regel der Hauptverdienender. Fehlen die Einnahmen von ihm, dann hat die Familie erheblichen materiellen Schaden, zumal Ausgaben für Wohnungsmiete, Heizung, Beleuchtung usw. die gleichen bleiben und nur die Kosten für Ernährung geringer sind. In solchen Fällen den Frauen die Kriegsernährung vorzuenthalten, ist ungerecht. Es ist aber vielfach vorgekommen, selbst - wie bereits erwähnt - in Fällen, wo der Arbeitsberdienst geringer war als die Kriegsernährung.

Unter der Prägung der Anrechnung des Arbeitsberdienstes leiden vielfach auch die Kriegsernährten Frauen. In ihrer Wirtschaftsführung hat sich freilich noch außer hin durch die Zeit häufig nicht geändert. Die junge Frau lebt genau so bei den Eltern oder bei fremden Leuten, wie vor der Ehe. Sie hätte sich trauen lassen und den Mann zur Hilfe. Wohl alle Frauen aber bemühen sich, den Mann etwas zu sparen, und sie machen häufig dafür erhebliche Aufwendungen. Diese müssen aber von den Einnahmen abgerechnet werden. Deshalb sind auch Kriegsernährte Frauen durch die Einziehung des Mannes zum Heeresdienste oftmals geschädigt, und es dürfte daher ein Verzicht auf die Kriegsernährung im Sinne der Verbesserung über die Kriegsernährung liegen. Ganz besonders wäre ein Eingehen auf diese nötig bei den Angehörigen der Familien, die Kinder haben.

Kann stelle sich einmal die moralische Wirkung vor, wenn Frauen, die arbeiten, gewissermaßen dafür noch bestraft werden dadurch, daß ihnen dann keine Unterstützung gezahlt wird. Ist diese höher als der Verdienst oder wenigstens nicht niedriger, dann kann ein Anrechnen des Arbeitsberdienstes leicht dazu führen, daß Frauen die Arbeit aufgeben. Andere wieder werden abgehalten, sich nach Arbeit umzusehen.

Verheiratete Frauen haben immer in der Vergangenheit zu tun, nach dazu, wenn Kinder da sind. Deshalb kann man es ihnen noch gar nicht einmal verdenken, wenn sie zu Hause bleiben, sich mit der Unterstützung einrichten oder durch wenig Arbeit nur langweilen wollen. Hierzu Anlaß zu geben durch Verknüpfung des Fleißes der Kriegsernährten, liegt nicht im Interesse dieser und der Allgemeinheit. Daher muß man den Beschluß des Fortwunders Unterstützungsausdehnung begründen und ihn zur Durchführung empfehlen.

Die letzten veröffentlichten Ministerialberichterstattung über die Unterstützung der Kriegsernährten weist übrigens die Unterstützungsbüroausdehnung an, bei Feststellung der Bedürftigkeit nicht engherzig zu verfahren und nicht etwa die Unterstützung unter Hinweis auf die Arbeitsfähigkeit ohne weiteres zu verweigern. Wenn die Frage der Höhe des Arbeitsberdienstes in dem Erlaß auch nicht besonders betont ist, so läßt er doch erkennen, daß eine engherzige und humanistische Behandlung der Unterstützungsbüroausdehnung der Kriegsernährten nicht im Sinne der Reichsverwaltung liegt.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaften haben außer den bereits benannten Gewerkschaften noch anerkannt: Konsumvereine in Lübbenau i. Gegend. Das sind ausnehmend wichtige 155 weibliche Vereine, die in ihren Bäckereien und deren Nebenbetrieben zusammen 2429 Verbandsmitglieder beschäftigen.

Die Tagesarbeit wurde freudig begrüßt von der Zeitung des Konsumvereins Psyché. Sie schreibt in ihrem Bericht über das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr:

Die durch den Bundesrat angeordnete Einführung der Tagesarbeit haben wir im Interesse der Bäcker freudig begrüßt; hoffentlich wird dieselbe auch nach Beendigung des Krieges nicht wieder abgeschafft. Die Erfahrung hat den Beweis erbracht, daß es auch ohne die schädliche Nachtarbeit geht, wenn die Tagesarbeit gefestigt für alle Betriebe geltend festgelegt wird.

Literarisches

Kriegsprobleme der Arbeiterklasse. Heft 19. Der Burgfrieden und die Arbeiterklasse. Von August Winig. Preis 10 A. Verlag der Internationalen Korrespondenz (H. Baumeister), Berlin-Karlshorst.

Spätestens am 11. Dezember ist der 51. Wochenbeitrag für 1915 (12. bis 18. Dezember) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. Dienstag, 14. Dezember: 8 Uhr, „Zum weißen Hirsche“. Samstag, 19. Dezember: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gatz 42/44.

Anzeigen

Kriegsopfer! Es fielen folgende unserer Mitglieder: Reinhold Riedel, Bäcker, 31 Jahre alt. Wilhelm Frank, Bäcker, 24 Jahre alt. Hermann Eschmert, Bäcker, 25 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken! [M. 5,40] Vermittlung Berlin.

Nachruf. Als Opfer des Weltkrieges starb an den Verwundungen im Garnisonlazarett zu Sandau unser treues Mitglied Paul Kurth im Alter von 34 Jahren. Ehre seinem Andenken! Zahlstelle: Küstringen-Wilhelmshaven. [M. 4,20]

Jenauer Streumehl Saale-Grieß. franko jeder Station liefert billigt. Vertreter gesucht. Gustav Zelne, Jena. [M. 2]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen. decken ihren Bedarf am besten bei Hans Berfuss, Schneidermeister, Hengasse 2, I. Et. [M. 30]

Ohne Eier! Ohne Butter! Ohne Milch! Ohne Backpulver! erhält man nur unter Wasser- und Zuckerkzusatz Dr. Löloffs Pfefferkuchen (Honig- oder Lebkuchen) mit köstlich gewürztem Honiggeschmack aus dem fertigen Dr. Löloffs Pfefferkuchenmehl (beschlagnahmefrei) Zentner 4 20,- ab Breslau exkl. Vorp. Postkonti als Muster franko = 4 1/2 Kilo netto = 4 9,- Dr. Löloff & Dr. Mayer, Breslau XIII. Telefon: 1976. Nahrungsmittelwerke. Telegr.: Dida